

Bürger stärker beteiligen

Kreistag: Steinkohlekraftwerk, Geschäftsordnung und Lothar Riedinger (CDU)



Von Matthias Kuhn

STENDAL. Mit Plakaten und roten Kreuzen zeigt die Bürgerinitiative "Gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg" vorgestern ihren Protest während der Kreistagssitzung in Stendal. Das geplante Projekt steht auch auf der Tagesordnung der Sitzung. Die Fraktion Die Linke/Bündnis 90 Die Grünen fordern vom Gremium ein klares Votum gegen den Bau, scheitern an fehlender Mehrheit.

Solch voll besetzte Ränge im Sitzungssaal des Landratsamtes wünschen sich die Abgeordneten wohl des öfteren. Fast bis auf den letzten Platz sind die Besucherreihen besetzt - mit Vertretern der Bürgerinitiative "Gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg". Mit Plakaten und roten Kreuzen bringen sie ihren Protest gegen das Vorhaben zum Ausdruck. Auch die Fraktion Die Linke/Bündnisgrüne ist gegen das Kraftwerksprojekt, will an diesem Nachmittag noch mehr erreichen. Der Kreistag möge Position beziehen, so Katrin Kunert (Die Linke), sich klar gegen das Kraftwerksprojekt aussprechen, erläutert sie den Antrag ihrer Fraktion, über den die Abgeordneten abstimmen sollen. Ein solches Projekt passe nicht in die Naturregion, würde den Tourismus gefährden und Erreichtes im Bereich Ökoenergie zerstören, argumentiert sie, fordert die Bürger sich mit am Entscheidungsprozess zu beteiligen. "Jetzt ist es soweit, sich bekennen zu müssen", erwidert Wolfgang Kühnel (CDU). Doch sei der Antrag der Linken "auf die Bürgerinitiative zugeschnitten". Im Antrag enthaltene Argumente seien nicht in allen Punkten "belastbar". Daher könne seine Fraktion dem Antrage "nicht ablehnen aber auch nicht zustimmen". Er stellt einen Gegenantrag, in dem sich vor einem Votum des Kreistages die Ausschüsse mit der Thematik befassen mögen. Auch stimme die CDU-Fraktion einer Bürgerbefragung zu, die der Landrat in geeigneter Form vorbereiten solle. Auch dass der Energiekonzern RWE "schweigt", bemängelt Kühnel, fordert diesen auf, sich an der Diskussion zu beteiligen.

Dass die CDU-Fraktion nun ebenfalls Bürgerbeteiligung und mehr Informationen einfordert, sorgt bei Eduard Stapel (Bündnisgrüner) für wohlwollende Anerkennung, sind es doch schon seit über einem Jahr Forderungen, die er, aber auch Liberaler Ralf Berlin, Linke sowie die BI einfordern. Insbesondere Landrat Jörg Hellmuth (CDU) steht dabei in der Kritik einiger Abgeordneten eine solche Diskussion mit dem Argument der Schutzinteressen des Investors verhindert zu haben. Zerrissen zeigt sich die SPD-Fraktion. Während Edith Braun sich vehement für ein Kreistagsvotum gegen das Kohlekraftwerk ausspricht, sieht Parteikollege Gerhard Borstell Informationsbedarf auf Ausschussebene. Am Ende der gut einstündigen Diskussion fällt das Votum bei namentlicher Abstimmung gegen den Antrag der Linken und für den der CDU.

Den Zorn der Zuhörer zieht Kreistagsvorsitzender Lothar Riedinger (CDU) mehrmals auf sich. Zu Beginn der Sitzung, während der Bürgerfragestunde, wird von Anwesenden gebeten, den Tagesordnungspunkt (24) statt fast am Ende vorzuverlegen. "Aus meiner Sicht nicht", antwortet er, doch müsse dies das Gremium entscheiden. Unmut auf den Rängen, während zur Abstimmung über die Tagesordnung übergegangen wird. Das Votum fällt fürs Vorziehen auf Position sechs. Dann meldet sich Gast Dr. Eberhard Puls zu Wort, will von Riedinger wissen, wie er persönlich zum Kraftwerksprojekt steht. "Das lasse ich nicht mehr zu", lehnt er mit Verweis auf die Geschäftsordnung die Bürgerfrage ab, da dieser Punkt beendet sei. Puls hätte die Möglichkeit der Frage gehabt. Wieder Protest auf den Rängen,

doch Riedinger hält sich strikt an die Geschäftsordnung. Dann passiert es. Im Tumult um die Änderung der Tagesordnung hat der Kreistagsvorsitzende den Antrag der Linken nicht als Punkt sechs, sondern vor Punkt fünf aufgerufen und darüber abstimmen lassen. Erst dann verpflichtet er weitere Mitglieder des Gremiums, die während der konstituierenden Sitzung nicht anwesend waren. Liberaler Berlin erhebt daraufhin Einspruch, rät die Abstimmung zum vorherigen Antrag zu wiederholen. Riedinger argumentiert, dass dies nicht nötig sei, da das Votum sich auch ohne die zu diesem Zeitpunkt nicht Stimmberechtigten nicht ändern würde, erhält Unterstützung aus der CDU. Die Abstimmung wird nicht wiederholt, ihm und Landrat Hellmuth ist die Anspannung in den Gesichtern anzusehen.